

	CSU	SPD	Freie Wähler	Grüne	FDP	Linke	Mut
Integration	Wir wollen diejenigen integrieren, die "über längere Zeit Schutz bei uns finden". Aus "Übergangsklassen" werden "Deutschklassen". Problem Heterogenität: bisheriges bayerisches durchlässiges Bildungssystem ausbauen. Kommunales Wahlrecht: höchstens für EU-Bürger. Verbesserungen: k.A.; Frauenspezifische Maßnahmen: k.A.	Für alle gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit. Derzeit verstößt Bayern gegen den Koalitionsvertrag und gegen das Bundes-Integrationsgesetz. Spezifische Förderung von migrantischen Frauen für den Berufseinstieg. Kommunales Wahlrecht für die, die dauerhaft hier wohnen.	Arbeitserlaubnis sofort. Professionelle Strukturen der Integrationsförderung ausbauen einschl. Schule/Kita. Keine Veränderung des bisherigen kommunalen Wahlrechts. Frauenspezifische Maßnahmen: k.A.	Volle Integrationsförderung sofort. Chancengleichheit als Voraussetzung gedeihlichen Zusammenlebens, auf dem Fundament des Grundgesetzes. Flächendeckend Sprach- und Integrationskurse. Gezielt massive Förderung migrantischer Frauen und Kinder. Keine Ausbildungs-/Arbeitsverbote. 3+2-Regel voll umsetzen. Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen.	Volle Integrationsförderung sofort. Lehrer + Erzieher: weltbeste Ausbildung, marktgerechte Bezahlung. 3+2-Regel voll umsetzen. Kommunales Wahlrecht für EU-Bürger. Frauenspezifische Maßnahmen: k.A.	Wir brauchen nicht Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft, sondern beiderseitiges Aufeinander-Zugehen. Kommunales Wahlrecht für alle Erwachsenen und Jugendlichen! Frauen sollen alles bekommen, was sie benötigen!	Menschenrechte sind unveräußerlich für alle Menschen geltend. Deshalb Freizügigkeit, Bildung, Arbeit und menschenwürdiges Wohnen vom ersten Tag - all das fördert Integration.
Familienzusammenführung	Geltende Begrenzung auf 1000 besonders vulnerable Personen/Monat aus den Kernfamilien von "Subsidiären" verschafft dem grundgesetzlich verankerten Schutz von Ehe und Familie in diesen besonderen Fällen Geltung. So entsteht jedoch kein Pull-Faktor, und keine Überlastung von Staat und Gesellschaft.	Derzeitige Regelung des Familiennachzugs zu "Subsidiären" ist ein schwieriger Kompromiss. Humanitäre Spielräume "sachgerecht" nutzen! Visa zügig!	Nachzug zu "Subsidiären" ist weiterhin eine wichtige "Stellschraube". Bei festgestellter Berechtigung: Visa sofort!	"Subsidiäre": Familien-Nachzug sofort wieder ermöglichen. Entsprechende Visaverfahren beschleunigen /entbürokratisieren.	"Subsidiäre": Nachzug nur in Härtefällen, oder wenn der Geflüchtete den Lebensunterhalt selbst bestreitet, oder er sehr gut integriert ist. Kriegsflüchtlinge und ihre Kernfamilie jedoch großzügig aufnehmen, und nach Ende des Krieges wieder zurückschicken. Für Berechtigte: Visa zügig! Bei offensichtlicher Lebensgefahr: Visum analog Schweiz.	Jede Form des Zusammenlebens, die Menschen sich wünschen, muss geschützt sein. Visa benötigt ein solches Zusammenleben keinesfalls.	Familien - und nicht nur deutsche Familien - stehen laut GG unter besonderem Schutz. Eltern und (minderjährige) Kinder gehören zusammen, ebenso Menschen in Partnerschaften. Familiennachzug darf nicht durch eine Quote begrenzt gelten. Familien sind Familien, ganz egal woher sie stammen und wie sie sich zusammensetzen.
Rückführungen	Nur mit einem starken Rechtsstaat, der die Pflicht zur Ausreise unbeirrt umsetzt, erhalten wir die notwendige Akzeptanz für jene, die hier ein Bleiberecht haben. Abschiebungen nach Afghanistan sind nach jüngsten Einschätzungen wieder uneingeschränkt vertretbar.	Derzeit u.E. keine Rückführung nach Afghanistan in Sicherheit und Würde möglich. Daher allenfalls Abschiebung von einigen wenigen, klar definierten Personengruppen akzeptabel.	Derzeit wollen wir keine Abschiebungen nach Afghanistan. Sicherheitsbewertungen sind z. Zt. ein Flickenteppich und meist überholt. Nötig: europaweit koordinierte Sicherheitsbewertung mit häufigen Updates. Wenn Lage sicherer, wird Abschiebung wieder möglich.	Wir fordern beim Bund: 1. keine Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Kriegs- und Krisenländer. 2. generellen Abschiebestopp in den Wintermonaten.	Rechtskräftig Ausreisepflichtige müssen umgehend ins Heimatland. Afghanistan: Je nach Ethnie, sozialer Verwurzelung, Finanzen können manche Rückkehrer in sichere Regionen. Im Einzelfall prüfen!	Keine Abschiebungen nirgendwohin!	Abschiebungen lösen keine Probleme. Mut setzt sich gegen Abschiebungen ein.

	CSU	SPD	Freie Wähler	Grüne	FDP	Linke	Mut
AnKER-/Transit-zentren	<p>Durch Präsenz aller betroffenen Stellen wird kürzere Verfahrensdauer angestrebt. Einstufung in "sichere Herkunftsstaaten" hat dasselbe Ziel.</p> <p>Rechtsbeistand: k.A. Zu wenig Zeit, mit Risiko einer Fehlentscheidung: k.A.</p>	<p>Der Koalitionsvertrag bekennt sich strikt zu den einschlägigen Normen aus Grundgesetz und Völkerrecht. Dass der Anspruch von Asylbewerbern auf ein faires und sorgfältiges rechtsstaatliches Verfahren von Seiten der CSU mehrfach in Frage gestellt wurde, halten wir für äußerst befremdlich.</p> <p>Sichere Herkunftsländer ersparen nicht Einzelfall-Prüfung! UmF's (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) gehören in Jugendeinrichtungen, Kinder in die Schule!</p>	<p>AnKER-Zentren sind nicht nur Etikettenschwindel, sondern höchst kontraproduktiv, denn viele Flüchtlinge werden Monate und Jahre dort bleiben.</p> <p>Rechtsbeistand muss garantiert sein, umF's (unbegleitete minderj. Flüchtlinge) müssen dezentral wohnen! Konzept "Sichere Herkunftsländer" ist sinnvoll, aber immer Einzelfall im Vordergrund!</p> <p>Zu wenig Zeit, mit Risiko einer Fehlentscheidung: k.A.</p>	<p>Keine "Kasernierung"! Asylverfahren müssen für alle Antragstellenden fair sein. Unabhängige Beratung u. rechtliche Unterstützung gewährleisten! Max. Aufenthalt 3 Monate! Zugang für Ehrenamtliche offen! Dezentral Wohnen ist für Integration entscheidend, daher schnellstmöglich wieder einführen!</p>	<p>Schnelle Bearbeitung dringlich! Falls AnKER-Zentrum das leistet, ist es sinnvoll.</p> <p>Es muss aber das Verwaltungsgericht vorhanden sein und bundesrechtliche und völkerrechtliche Standards gewahrt bleiben.</p> <p>Zu wenig Zeit, mit Risiko einer Fehlentscheidung: k.A.</p>	<p>Keine AnKER- oder Transit-Zentren! Die sind entwürdigend und entspringen einer rassistischen Haltung.</p>	<p>Wir lehnen beides ab. Die Möglichkeit vom ersten Tag an in einer eigenen Wohnung bzw. bei Verwandten und Freunden privat zu wohnen muss Standard werden, ebenso die Einführung einer erweiterten Melde- statt einer Residenzpflicht.</p>
Kirchenasyl	<p>Wir sehen keinen Anlass für eine Verschärfung der strafrechtlichen Verfolgung des Kirchenasyls. Staatsanwälte ermitteln mit Augenmaß. Sie tun dies wegen des Legalitätsprinzips.</p>	<p>Wir wollen, dass Kirchenasyl weiterhin respektiert wird! Bis zu 90% der korrekt ablaufenden Kirchenasyle führten zu einem positiven Bescheid für die Flüchtlinge!</p>	<p>Wir bekennen uns ausdrücklich zum Kirchenasyl und begrüßen dieses verantwortungsvolle, sorgsame Engagement. Mit Sorge beobachten wir die Zunahme der Strafverfolgung gegen betroffene Geistliche und Flüchtlinge.</p>	<p>Wir achten das Kirchenasyl! Alle diesbezüglichen Strafverfahren einstellen!!</p>	<p>Wir schätzen die Rolle der Kirchen für die Integration von Flüchtlingen. Für Asylfragen sind jedoch staatliche Stellen wie etwa das BAMF zuständig.</p>	<p>Jeder Christ muss Verfolgten Schutz bieten !</p>	<p>Da wir Abschiebungen ablehnen sollte es gar kein Kirchenasyl mehr geben.</p>

Polizei-
Aufgaben-
Gesetz (PAG)

<p>Wir haben die Befugnisse der Polizei mit dem PAG-Neuordnungsgesetz maßvoll erneuert = mehr Sicherheit. Dies Gesetz garantiert aber vor allem mehr Bürgerrechte und mehr Datenschutz. In mehr Fällen als bisher muss ein Richter zustimmen, bevor die Polizei tätig werden kann</p>	<p>SPD-Fraktion klagte im August gegen PAG-Neuordnungsgesetz vor Bayer. Verfassungsgerichtshof; SPD-Abgeordnete auch vor Bundesverfassungsgericht. Bayern-SPD unterstützt aktiv das Bündnis No-PAG, das am 10.5.18 ca 40.000 Demonstranten auf die Straße brachte.</p>	<p>Das Konzept "Drohende Gefahr" muss auf die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus beschränkt bleiben. Wir haben dies bereits im Sommer 2017 eingefordert. Eine effektive Sicherheitsgewährleistung darf Bürgerinnen und Bürger nicht ihrer freiheitlichen Grundrechte berauben.</p>	<p>Das PAG in der von der CSU vorgelegten Form ist u.E verfassungswidrig. Daher haben wir beim bayerischen Verfassungsgerichtshof dagegen geklagt. Wir lehnen Sicherheitsplacebos wie elektronische Fußfessel oder Präventivgewahrsam ohne absolute zeitliche Obergrenze ab. Stattdessen: Personal und Infrastruktur der Polizei aufstocken! (z.B. Cyberkriminalität !)</p>	<p>Das Konzept "Drohende Gefahr", Kontaktverbote, "Unendlichkeitshaft", elektronische Fußfessel u.a.m. sind immense Grundrechtseingriffe ohne ein rechtsstaatliches Verfahren, und sind größtenteils Symbolpolitik. Sie sind in der Ausgestaltung dieses Gesetzes bei weitem zu drastisch. Wir Freie Demokraten werden das nicht tolerieren.</p>	<p>Heinrich Himmler hätte das PAG als ersten guten Schritt bezeichnet...</p>	<p>Mut (Claudia Stamm) war die erste, die das PAG überhaupt erst publik gemacht und dagegen vorgegangen ist. Mut hat gegen das PAG geklagt: noPAG!</p>
---	--	--	---	--	--	--